Sonntag, 24. August 1924 · 72. Jahrgang Nr. 402

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 15 Goldpfennig.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Goldpfennig, im voraus zahlbar, durch die Post 4.15 Goldmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 1spaltige Zeile 0.70 Goldmark, für kleine Anzeigen: das Wort 0.20 Goldmark; das fettgedruckte Wort 0.40 Goldmark. Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 46–49. Fernspr.: Dönhoff Nr. 9440 bis 9455; für den Fernverkehr Berlin NW 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67–68, Wiener Strasse 1–5, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 846, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 187, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"
BERLIN SEHR UNSICHER

Schildhauerdamm 4, Rüdesheimerer Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56–57, Rosenthaler Str. 64, Rathenower Str. 7, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 85, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Bülowstr. 66, Fidicinstr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 3, Kantstr. 54, Scharrenstr. 35, Nürnberger Str. 50–56, Kaiser-Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1–3, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 46–54, Kaiser-Friedrich-Str. 247–48, Pankow: Hornbolmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 14, Schöneberg: Hauptstr. 38–34, Martin-Luther-Str. 5, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 31–32, Oppeinler Schlossstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a, Niederschönweide: Brückenstr. 73, Potsdam: Brandenburger Str. 22, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Paradeplatz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Poincaristen-Angriff gegen Herriot

Der Fortgang der Interpellationsdebatte — Reden Reibels und Marins — Herriot bleibt keine Antwort schuldig

Paris, 23. August. (E. E.)

Die Kammer wurde um 3 Uhr mit einer langen Rede des früheren Ministers im Kabinett Poincaré, Reibel, eröffnet, der im Verlauf seiner heftigen Angriffe gegen die Regierung es bedauert, daß die Regierung den Text der Londoner Abkommen dem Parlament nicht unterbreitet habe. Es genüge nicht, zu rufen: Nieder mit dem Krieg, es lebe der Frieden! Die Londoner Protokolle seien das Werk Englands und Amerikas, die durch die Ruhrpolitik Frankreichs beunruhigt seien, das nunmehr Kohle und Erz in seinen Händen habe. Der Redner wird oft unterbrochen durch Zwischenrufe der Linken und protestiert gegen die „Diktatur des Linksblocks". Herriot unterbricht, indem er fragt, warum denn nicht von der Regierung Poincaré das Wiesbadener Abkommen dem Parlament zur Ratifizierung unterbreitet worden sei. Dies Abkommen habe übrigens in ganz besonderer Weise Loucheur. Fortfahrend erinnert Herriot daran,

daß die Reparationskommission am 11. März 1922 ermächtigt worden sei, in Deutschland Sachlieferungen im Werte von 950 Millionen Goldmark zu bestellen. Ein Minister, der dem Kabinett angehört das für diese Unterlassungssünde verantwortlich sei, habe nicht das Recht, diese Frage anzuschneiden.

Reibel protestiert gegen diese persönlichen Angriffe Herriots und bedauert es, daß Deutschland nicht zur Lieferung größerer Mengen Stickstoffprodukte und Farbstoffe gezwungen sei, aus denen es giftige Gase produziere. Auch

Nach Reibel ergreift der zweite oppositionelle Redner, der ehemalige Minister im Kabinett Poincaré, Marin, das Wort, um zunächst mit Bedauern festzustellen, daß die Rechte der Republik der Entscheidung über die deutschen Verfehlungen beschnitten seien. Der amerikanische Beobachter, der nunmehr mit darüber zu befinden habe, sei eben nur ein Beobachter und werde sich scheuen, einen Teil der Verantwortung zu übernehmen. Das Problem der interalliierten Schulden müsse erörtert werden, denn es handele sich nicht um Schulden, sondern um „gemeinsame Beiträge zu den Kriegskosten. Wenn das französische Volk die Ruhrpolitik nicht gebilligt und sie nicht verstanden habe, würde es auch die Opfer für die Politik verursachte, nicht gebracht haben. (Herriot erwiderte: Die Opfer hat das Volk verstanden, aber nicht die übernommenen Verpflichtungen!) Zu der Frage, der Amnestie übergehend bemerkt Herriot, daß er die Einbeziehung der Separatisten in diese Amnestie in London gefordert habe, obwohl er ihre Politik nicht billige. Im weiteren Verlauf der Kontroverse zwischen Marin, dem Reibel sekundiert, kommt es zu einem interessanten Zwischenfall, als Herriot in der Erklärung über die Bedeutung der Ruhrpfänder dem Abgeordneten Reibel zuruft: Sie sind der Minister des Dawes-Plans. Wenn Sie die Meinung des Marschalls Foch hören wollen, wird sie Ihnen General Destiker mitteilen." **General Destiker, der im Hause anwesend ist, erklärt sodann unter größter Aufmerksamkeit der Kammer, daß Marschall Foch die im Versailler Vertrag vorgesehenen Sicherungen für Frankreich durchaus als genügend erachte und erklärt hbe, daß dem Ruhrgebiet nicht die überragende Bedeutung zukomme, die man ihm allgemein zuschreibe.**

Nach Marin ergreift Ministerpräsident Herriot das Wort, um zunächst darauf hinzuweisen, daß die Londoner Konferenz die Entente cordiale zusammengelötet habe. Dies sei besser als die „Rupture cordiale", wie man den Ausgang der Pariser Konferenz genannt habe. Man habe in London auf einer nicht von ihm geschaffenen Basis verhandeln müssen. Herriot macht sodann der Politik Poincarés den Vorwurf, das Volk durch Lügen vergiftet zu haben. Erreicht habe man jedenfalls in London, dem Frieden eine feste Grundlage gegeben zu haben, und es sei nicht seine Schuld, wenn die Frage der Sicherheiten und der interalliierten Schulden nicht erörtert werden konnte. Er habe diese Schwierigkeiten nicht aus dem Wege schaffen können. Der Aufbau der internationalen Befriedung auf der Grundlage der Wiederherstellung des deutschen wirtschaftlichen Faktors werde eine Annäherung unter den Völkern zur Folge haben. Dies sei die wichtigste Bedingung des Londoner Abkommens das mit dem Wiesbadener Abkommen das wichtigste Ereignis seit dem Friedensschluß sei. Auch das Recht Frankreichs auf Einzelaktionen im Falle einer deutschen Verfehlung sei nicht aufgehoben worden. Herriot bedauerte in diesem Zusammenhang die Angriffe Marins gegen Amerika, dessen Mitwirkung bei der Entscheidung über deutsche Verfehlungen eine wichtige moralische und materielle Unterstützung bedeute.

Schnelldienst

Rakowski, dessen Eintreffen in Berlin erwartet wurde, ist noch nicht angekommen. Doch wird mit seiner Ankunft in den nächsten Tagen gerechnet.

Aus amtlichen Nachrichten wird bekannt, daß die Wahalla endgültig aus Transjordanien vertrieben worden sind.

Der belgische Außenminister Hymans hatte eine Unterredung mit dem deutschen Gesandten v. Keller. Nach einer Reuter-Meldung hat die britische Regierung die Antwort der ägyptischen Regierung auf die letzte britische Note erhalten. Der Inhalt der Antwortnote ist noch nicht veröffentlicht.

Abermals: Umstellung

Industriebelastung — Die Reichsbahn als Aktiengesellschaft. Umstellung der staatlichen Geldwirtschaft

Von

Dr. Adolf Roeder

Die deutsche Wirtschaft befindet sich an einem neuen Wendepunkt. Nachdem durch die Londoner Konferenz die erste Etappe auf dem Wege zu einem wirklichen Frieden erreicht worden ist, stürzt eine Fülle jetzt zu lösender, zum Teil schwierigster Probleme auf die verantwortlichen Leiter der Politik, Wirtschaft und Finanzen herein. So einfach und mundgerecht das Schlagwort Dawes-Plan ist, so vielgestaltig und verwickelt ist doch dieser ganze Fragenkomplex, der in London aufgerollt wurde und in der nächsten Zeit vollständig entwirrt werden soll. Es gilt, abermals eine Umstellung der gesamten Wirtschaft vorzunehmen, nachdem die vergangenen Jahre bereits mehrfach zum Umkernen und Umstellen gezwungen hatten. Viel Arbeit, Nervenkraft und Intelligenz wird der Uebergang in die neue Periode auch diesmal wieder erfordern. Schon durch die Bekanntgabe der Gesetzentwürfe, die zur Durchführung des Sachverständigenguttachtens geschaffen und vom Reichswirtschaftsrat zum Teil bereits durchberaten und angenommen worden sind, erhält man eine Vorstellung von den großen und schwierigen Aufgaben, die in der kommenden Zeit vom Parlament, von der Industrie, ja vom ganzen deutschen Volke bewältigt werden müsse.

Für die Industrie im besonderen ist das Gesetz über die Aufbringung der Industriebelastung von weittragender Bedeutung. In welchem Maße die einzelnen Unternehmungen durch diese Belastung getroffen werden, steht noch nicht fest. Die Grundlinien des Gesetzentwurfs — nach den Beschlüssen des Organisationskomitees für die Industrieobligationen — lassen erkennen, daß die im Sachverständigenbericht vorgesehenen Jahresleistungen, die zur Verzinsung und Tilgung der 5 Milliarden Goldmark erforderlich sind, auf die Unternehmer industrieller Betriebe, zu denen Bergbau, Schiffahrt und Bahnunternehmer (Privatbahnen, Kleinbahnen und Straßenbahnen) hinzugerechnet werden, nach Maßgabe des zur Vermögenssteuer veranlagten Betriebsvermögens umgelegt werden. In Höhe der hiernach auf den einzelnen Unternehmer entfallenden Last hat dieser Obligationen auszustellen. Als Mindestgrenze des Betriebsvermögens, das der Belastung unterliegt, sind vorläufig 50 000 Goldmark festgesetzt worden mit der Möglichkeit der Abänderung dieser Mindestgrenze, wie auch die Möglichkeit gegeben ist, andere Betriebe, die für die Belastung offenbar ungeeignet sind, auszunehmen. Den vier großen Industriegruppen sind gewisse Mindestgrenzen für den Anteil vorgeschrieben, den sie an der Gesamtlast tragen sollen, und die nicht um mehr als 10 Prozent unterschritten werden sollen. Diese Mindestgrenze beläuft sich für die Schwerindustrie auf 20 Prozent, für die maschinen- und elektrotechnische Industrie auf 17 Prozent, für die chemische Industrie auf 8 Prozent und für die Textilindustrie auf 7 Prozent der Gesamtlast. Diese Verteilung ist sehr bemerkenswert, und es wäre interessant, zu erfahren, auf welche statistischen Grundlagen sie sich stützt. Von den Einzelobligationen bleibt ein Betrag von 4½ Milliarden Goldmark unbedingt im gemeinsamen Gewahrsam des Treuhänders und der Bank und kommt nicht auf den internationalen Geldmarkt. Diese deutsche Industrieobligationenbank ist eine Aktiengesellschaft, die von der Industrie unter Beteiligung der Banken mit einem Kapital von 10 Millionen Goldmark gegründet wird, und in der die deutsche Majorität gesichert ist. Ohne Frage wird sich diese Belastung der deutschen Industrie durch die Obligationen für Reparationszwecke sehr unangenehm bemerkbar machen. Da aber, falls wir überhaupt wieder in die Friedenswirtschaft gelangen wollen, diesem Druck nicht ausgewichen werden kann, so muß man wenigstens erwarten, daß bei der Verteilung nach einem den Verhältnissen der verschiedenen Gewerbe und deren Einzelunternehmungen gerecht werdenden Modus verfahren wird.

Großes Interesse darf ferner der Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Reichsbahngesellschaft beanspruchen. Durch dieses umfangreiche Gesetzeswerk soll der Gedanke, den Betrieb nach kaufmännischen Grundsätzen unter Wahrung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft zu führen, verwirklicht werden. Diese Idee ist nicht neu, sie ist bei uns wiederholt erwogen worden, unter anderen auch von Stinnes, und besonders das Ausland hat sich oft darüber gewundert und nicht eben freundlich darüber geäußert, daß diese Prinzipien sich bei uns noch nicht durchgesetzt haben. Es soll nunmehr eine Gesellschaft mit einem

Marx appelliert an die Opposition

Weitere Beratung im Auswärtigen Ausschuß — Luther über die Sachlieferungen — Stresemann zur Amnestiefrage

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags setzte gestern nachmittag die Vorberatung der Gutachtengesetze fort. Zum Entwurf eines **Privatnotenbankgesetzes** erklärte Reichswirtschaftsminister Hamm auf Befragen, die Reichsbank und die Reichsregierung könnten dem Wunsch auf Zulassung von Privatbanknoten im Betrage von 20 Mark nicht entsprechen. Ohne weitere Debatte wurde der Vorlage zugestimmt.

Hierauf wurde die Beratung des Gesetzentwurfs über die Londoner Konferenz fortgesetzt bei den

Transfer Bestimmungen

der Anlage 2.

Abg. Dr. **Reichert** (Deutschnatl.) wies auf die tiefgreifenden Veränderungen hin, welche die Sachlieferungen dadurch erfahren, daß die Mengen- und Zeitgrenzen des Versailler Vertrages gefallen sind. Welches Gegenzugeständnis hat Deutschland dadurch erhalten?

Reichsfinanzminister Dr. **Luther** antwortete hierauf auf die Fragen verschiedener Abgeordneten in längeren Ausführungen. Er führte u. a.: Die Sachlieferungsfrage ist zweifellos fast der wichtigste Teil des gesamten Gutachtens in währungs- und wirtschaftspolitischer Beziehung. Man hat hier nicht einen vergleichbaren festen Anhalt, wie ihn der Wechselkurs bieten würde, sondern der Ueberwachungsausschuß ist auf Schätzungen und allgemeine Erwägungen angewiesen. Das ist zweifellos ein bedenklicher Zustand.

Es wäre aber weder ein Gutachten noch ein Londoner Pakt zustande gekommen, wenn man die Sachlieferungen nicht zugestanden hätte. Unsere Aufgabe in London war es, nicht die Sachlieferungen abzulehnen, sondern die Gefahren, die sie bieten, nach Möglichkeit zu mildern.

Es kamen dann die in Anlage 3 des Gutachtens behandelten Fragen der

Amnestie und Räumung

zur Besprechung.

Reichskanzler **Marx** ging dabei auf die Frage der Ausweisungen ein. An den Abmachungen ist vielfach Kritik geübt worden. Es gibt aber Dinge, die sich überhaupt nicht in Paragraphen fassen lassen. Bei der Durchführung der Abmachungen werden sich ebenso viele Schwierigkeiten ergeben, von denen sich bei den Londoner Verhandlungen nicht alle voraussehen ließen. **Es kommt in diesen Dingen alles an auf den Geist, den Willen und die Gesinnung der Ausführenden.** Es ist uns zugesagt worden, daß über diese Fragen von Regierung zu Regierung verhandelt werden soll. Das wird auch über die Ordonnanzen einschließlich der vor 1923 ergangenen geschehen. Das alles gilt natürlich nur für den Fall der Annahme des Gutachtens durch den Reichstag. Die deutsche Verwaltungs- und Justizhoheit wird nach den Abmachungen in vollstem Umfange wiederhergestellt.

Der Reichskanzler richtete am Schluß an die oppositionellen Parteien die dringende Mahnung, durch die Art ihres Kampfes gegen das Gutachten nicht die Atmosphäre der Versöhnung unter den Nationen zu zerstören, die sich in London in so erfreulicher Weise gezeigt habe.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) schloß sich dieser Mahnung des Kanzlers durchaus an. Die von den Sozialdemokraten in der Kritik geübte Zurückhaltung sei nicht so auszulegen, als ob sie mit allen Einzelheiten des Abkommens durchaus einverstanden wären. Die Amnestie gelte selbstverständlich für die Kommunisten ebenso wie für die Angehörigen aller übrigen Parteien. Die Regierung sollte den Begriff des politischen Verbrechens möglichst weit fassen. Wenn für das besetzte Gebiet die Amnestie eintritt, dann sollte die Regierung aus freien Stücken auch die Amnestie für das unbesetzte Deutschland aussprechen, damit der Versöhnung unter den Völkern auch die Versöhnung im Lande folgt.

Dazu sei allerdings die Annahme des Gutachtens die Voraussetzung. Wenn es den Kommunisten ernstlich um die Amnestie zu tun wäre, dann müßten sie also das Gutachten annehmen. Der Redner wies zum Schluß die kommunistischen Ratschläge für die Politik seiner Partei zurück.

Abg. Frau Ruth **Fischer** [Gohlke] (Komm.) verlangte nochmals von der Regierung Antwort auf die Frage der allgemeinen Amnestie.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

erklärte zu den Fragen der Kommunisten: Es ist eine etwas starke Zumutung, wenn eine starke Fraktion alle ihre Kraft einsetzt, um ein Abkommen zu Fall zu bringen, aber gleichzeitig von der Regierung verlangt, daß sie für den Fall der Annahme nicht nur Konsequenzen aus der Annahme zieht, sondern sich dazu schon vorher verpflichtet. Wir werden der Frage der Amnestie nähertreten, wenn das Londoner Abkommen angenommen ist. Das Amnestiegesetz würde dann natürlich eine völlig unparteiische Amnestie nach allen Seiten bringen und auch Persönlichkeiten treffen, die auf ganz anderem Boden als die Kommunisten stehen.

Damit war die Anlage 3 erledigt. Die Anlage 4, das Abkommen zwischen den alliierten Regierungen, wurde ohne Aussprache erledigt.

Gegen 8 Uhr abends war das Mantelgesetz über das Londoner Abkommen erledigt.

Die nächste Sitzung findet heute, Sonntag, 10 Uhr vormittags, statt.